

# SO BEDANKT SICH ROT-GRÜN BEI SEINEN WÄHLERN

„Steuererhöhungen ziehen wir nicht in Betracht.“

(Schröder am 26. 7. 2002, Quelle: dpa)

Gleich nach der Wahl verschob die rot-grüne Regierung die versprochene Steuerentlastung auf das Jahr 2004. Bedeutet für eine Familie mit Kind bei 2500 Euro Bruttoeinkommen einen Verlust von monatlich 28 Euro. Für Ledige, Kinderlose und höhere Einkommen viel mehr.

Die gleiche Musterfamilie muss für die Rentenversicherung jeden Monat 5 Euro mehr bezahlen. Außerdem erhöhten die meisten gesetzlichen Krankenkassen die Beiträge.

Die „Öko“-Steuer der rot-grünen Front wurde erhöht. Macht pro Liter Benzin 3 Cent oder, bei zwei Tankfüllungen im Monat, 2,40 Euro. Auch Heizung, Strom und Gas sind teurer geworden. Bei sparsamem Verbrauch schlagen die Erhöhungen mit 3 Euro monatlich zu Buche.

Raucht die Familie „nur“ 10 Zigaretten pro Tag, kostet der blaue

## SUMMA SUMMARUM: ÜBER 200 EURO WENIGER PRO MONAT

Verschiebung Steuerreform	- 28 Euro
Sozialabgaben	- 5 Euro
Anhebung „Öko-Steuer“, Heizung	-12 Euro
Höhere Mehrwertsteuern	- 35 Euro
Kürzung bei Eigenheimzulage	- 125 Euro
Erhöhung Tabaksteuer	-3 Euro
Höhere Besteuerung Wertpapierverkäufe	-10 Euro
<b>Gesamt</b>	<b>- 218 Euro</b>

Evtl. zusätzlich:

Höhere Besteuerung Firmenwagen - 30 Euro

(Musterrechnung für eine Familie mit 2.500 Euro Brutto-Monatseinkommen – ein Kind, ein Verdienner – Quelle: Spiegel, eigene Berechnungen unter Berücksichtigung neuerer Entwicklungen, Stand: 20. 11. 2002)

Herber Verlust für die Familien  
(ein Verdienner, ein Kind, Hausbesitzer)  
Vergleich 2003  
zu 2002  
je Monat:



**Danke ROTGRÜN**

Dunst monatlich 3 Euro mehr. Summa Summarum: Mustermanns fehlen jeden Monat mindestens 41 Euro in der Brieftasche. Alles „nur“ Kleckerkram? Dann

rechnen Sie mal: Rund 40 Millionen deutsche Haushalte haben im Durchschnitt monatlich 41 Euro weniger Haushaltsgeld, weil der Staat es ihnen weg genommen hat. 1 Milliarde 640 Millionen ( 1 640 000 000! ) Euro fließen jeden Monat weniger in die Wirtschaft.

Fazit: Was wir nicht ausgeben können, acht Einkaufsstätten kleiner, ruiniert Arbeitsplätze, fördert Firmenpleiten, erhöht die Staatsausgaben für Arbeitslose und schafft jene pessimistische Atmosphäre, die unser Land lähmt.

Die **Muster-Rechnung** ist extrem niedrig angesetzt. Denn Mehrverdienern wird mehr genommen. Zusätzlich verlieren Hausbesitzer monatlich 125 Euro Eigenheimzulage. Sparer müssen „Zinsen“ aus Fonds und Aktien mit 15% versteuern. Wer einen Firmenwagen privat nutzen darf, zahlt monatlich rund 30 Euro mehr Steuern. Auch durch Steuerschrauben erhöhte Preise wurden nicht berücksichtigt (gh).

## 4,3 Mio ohne Job

„Wir sorgen für mehr Beschäftigung“, hat die SPD im Wahlkampf per Anzeige behauptet. Die Sorgen haben aber nach wie vor die Deutschen. Von der Umsetzung des Hartz-Konzepts hat sich inzwischen sogar Herr Hartz distanziert. Was eins zu eins umgesetzt werden sollte (O-Ton Kanzler Schröder) wird jetzt bereits unter dem Namen Hartz 2 diskutiert. Ideenlos, halbherzig und nichts als bloße Ankündigungen kritisiert die CDU. Konkret: der Arbeitsmarkt wurde überreguliert, z.B. im Bereich Mini-Jobs und Befristungen, aktuell ist die tarifliche Gleichstellung der Leiharbeiter tödlich für den neuen Berufsstart, die Job-Center bei den Arbeitsämtern schaffen neue Bürokratie und zerstören hier die bisherigen privaten Dienstleister, das Brückengeld für 55jährige fördert Frühverrentung und schadet der Rentenversicherung. Hätte die CDU nicht einige ihrer Vorschläge in den Vermittlungsgesprächen durchsetzen können, wäre das Chaos noch größer. Mit dem hessischen OFFENSIV-Gesetz, dem bayerischen/baden-württembergischen Fördern-und-Fordern-Gesetz und dem 10-Punkte-Programm liegen echte Alternativen der CDU vor (dr).

Gewinner

BVG



Die BVG kann zufrieden sein. Seitdem Rauchen auf U-Bahnhöfen mit 15 Euro geahndet wird, bleiben die Glimmstengel in der Päckung. S- und U-Bahnhöfe sind heute rauchfreie Zone (dr).

Verlierer



Zur schummelfreien Zone muss die BSR erst wieder werden. 60 Millionen Euro wurden den Bürgern zuviel abgeklopft. Fazit: erstmalig fließen 35 Millionen zurück und im BSR-Vorstand rollen Köpfe (dr).

## Reinickendorf: Wahlbetrug mit Kiezbus?

Zu besten Wahlkampfzeiten im letzten Jahr hatten die SPD-Politiker Strieder und Dzembritzki den Wählern in Frohnau und Hermsdorf einen Kiezbus versprochen, doch das BVG-Testprojekt wird jetzt in Berlin-Buch stattfinden.

„Man sollte sich überlegen, diesen Fall an den Wahllügen-Untersuchungsausschuss des Bundestages zu überweisen“, kritisiert CDU Fraktionschef Jörn Jakob Schultze-Berndt das Manöver der SPD. „Hier wurde den Bürgerinnen und Bürgern wenige Wochen

vor der Bundestagswahl vom zuständigen Senator ein Versprechen gegeben, das wenige Wochen später nichts mehr wert ist.“

In Berlin-Buch seien weniger Investitionen notwendig, da die Straßen in

einem deutlich besseren Zustand sind. Doch dies ist nicht erst seit Ende letzten Jahres der Fall. Der CDU drängt sich daher die Frage auf, welche Planungen zum Zeitpunkt der Ankündigung durch Senator Strieder eigentlich bestanden haben.

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat nun die BVV-Reinickendorf das Bezirksamt aufgefordert den Untersuchungsausschuss „Wahlbetrug“ des Deutschen Bundestages über die Vorgänge um die Einführung eines Kiez-Busses in Reinickendorf zu informieren.



## Riester Rente floppt!

### Die Bürger verlieren Milliarden

Verstanden hat sie keiner so richtig. Weder Experten noch Bürger können etwas Genaues mit der Riester-Rente anfangen. Das bestätigen jetzt auch die ersten Abschlusszahlen. Danach, so hat die Morgenpost heraus gefunden, hat nur ein Bruchteil der An-

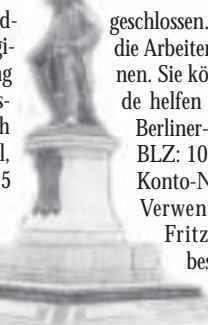
spruchsberechtigten eine Police abgeschlossen. Nach Berechnungen der Morgenpost fließen damit 2,7 Milliarden Euro an veranschlagten Geldern zurück in Hans Eichels Staatskasse. Seit der Bundestagswahl wollen jetzt auch die Grünen das Rentenmodell, was zunächst als

Jahrhundertwerk gefeiert wurde, reformieren. Hätte Rot-Grün nicht nach 1998 das Blümsche Modell gekippt, wären vier Jahre gewonnen und die Bürger und der Staat könnten seit Jahren vernünftig ohne wachsenden Zeitdruck planen (dr).

## Der gar nicht so alte Fritz

Zur 250-Jahr-Feier im kommenden Mai soll er heimkehren - Friedrich II., der Namenspatron und Ortsgründer des Köpenicker Ortsteils Friedrichshagen. Und zwar nicht hoch zu Roß oder als gebückter Alter Fritz, sondern im Alter von 41 Jahren, also seinem Lebensalter zur Zeit der Ortsgründung entsprechend. Seit 1994 bemüht sich eine Friedrichshagener Bürgerinitiative unter maßgeblichen Engagement

des CDU-Politikers Alfred-Mario Molter um die originalgetreue Wiedererrichtung dieses Denkmals. Nach ausführlichen Recherchen auch über das frühere Denkmal, das nach vierzig Jahren 1945 spurlos verschwand, hat der Künstler Spartak Babajan seine Arbeiten an Modell und Gussform ab-



geschlossen. Noch fehlt Geld, um die Arbeiten abschließen zu können. Sie können mit einer Spende helfen (Denkmal-Initiative, Berliner-Volksbank, BLZ: 100 900 00, Konto-Nr.: 81 08 10 00 02, Verwendungszweck: „Alter Fritz“). Eine Spendenbescheinigung wird von der Initiative ausgestellt (dr).